



Inhalt

Vorwort der Leiterin des Budgetdienstes	3
1. Rechtliche Grundlagen und Tätigkeiten des Budgetdienstes	5
1.1 Mandat	5
1.2 Rechtliche Grundlagen	6
1.3 Ressourcen	7
2. Aktivitäten 2024 und Leistungsstatistik	8
2.1 Analysen auf Anfrage	11
2.2 Analysen zu Gesetzesvorlagen	13
2.3 Analysen zu neuen Fiskalregeln der Europäischen Union	17
3. Beiträge zur Transparenz und zum Wissensaufbau	18
3.1 Vernetzungstätigkeit des Budgetdienstes	18
3.1.1. Nationale Stakeholder	18
3.1.2. Internationale Plattformen und Netzwerke	20
3.2 Budgetdienst in den Medien	23
Anhang: Team des Budgetdienstes	25



Vorwort der Leiterin des Budgetdienstes

Budgetpolitisch war das Jahr 2024 von Diskussionen über die Höhe des Budgetdefizits, der Rezession und von Konsolidierungserfordernissen sowie Reformvorschlägen geprägt.

Aufgrund der Nationalratswahl 2024 wurde das Budget 2025 nicht im Herbst 2024, sondern erst im Frühjahr 2025 gemeinsam mit dem Budgetentwurf für 2026 vorgelegt und im Nationalrat beschlossen.

Die Rahmenbedingungen der Budgetpolitik werden seit April 2024 wesentlich durch die neuen Fiskalregeln der Europäischen Union (EU) bestimmt. Als wesentlichste Änderung rückt das Ausgabenwachstum in das Zentrum der haushaltspolitischen Überwachung. Der Budgetdienst hat 2024 mehrere Analysen zu den neuen Regelungen erstellt und dem Nationalrat während der Verhandlungen zur Bildung einer neuen Bundesregierung Informationen zu einem möglichen Verfahren bei einem übermäßigen Defizit sowie Berechnungen zur Abschätzung der Konsolidierungserfordernisse in unterschiedlichen Szenarien geliefert.

Auch zu Gesetzesvorlagen mit substanziellen finanziellen Auswirkungen, wie dem Konjunkturpaket für den Wohnbau, dem Gemeindepaket 2024, der Abgeltung der kalten Progression 2025 und der Pensionserhöhung 2025, sowie zu budgettechnischen Sachverhalten wie dem Budgetprovisorium und der technischen Novelle des Bundeshaushaltsgesetzes, stellte der Budgetdienst Analysen bereit.

Im Jahr 2024 analysierte der Budgetdienst auf Anfrage von Abgeordneten des Budgetausschusses die fiskalische Wirkung der Pensionsbeschlüsse (Gerald Loacker), die Entwicklung der Förderungen seit 2017 (Kai Jan Krainer), die Verteilungswirkung der Abgeltung der kalten Progression 2023 bis 2025 (Jakob Schwarz), die Kosten von Bildungsreformmaßnahmen (Karin Doppelbauer) und die Abgabenquote in Österreich und im internationalen Vergleich (Hubert Fuchs).

Organisatorisch hat sich das Team des Budgetdienstes verändert. Im Dezember 2023 übernahm ich die Leitung von Helmut Berger, im Juli 2024 wechselte Johanna Chaloupka aus dem Rechnungshof in den Budgetdienst und seit Oktober 2024 verstärken Rene Wiesinger und Matthias Enzinger die ökonomische Expertise des Teams. Johann Seiwald ist seit April 2024 karenziert. Unser Ziel ist es, den Nationalrat und insbesondere den Budgetausschuss bei den Budgetberatungen und der laufenden Budgetkontrolle mit unabhängiger und objektiver Expertise zu unterstützen. Alle Analysen des Budgetdienstes sind öffentlich auf der Webseite des Parlaments verfügbar und sollen so zur Transparenz der öffentlichen Finanzen beitragen.



Kristina Fuchs
Leiterin des Budgetdienstes

1. Rechtliche Grundlagen und Tätigkeiten des Budgetdienstes

Der Budgetdienst berät den Nationalrat in Angelegenheiten der öffentlichen Finanzen und stellt regierungsunabhängige Analysen zum Budget, zu (Gesetzes-)Vorlagen sowie zu fiskalpolitischen, ökonomischen und budgettechnischen Sachverhalten bereit.

1.1 Mandat

Das in einer Politischen Vereinbarung festgelegte Mandat des Budgetdienstes beinhaltet die Unterstützung des Nationalrates bei der Beratung, Beschlussfassung und Kontrolle der Haushaltsführung des Bundes. Der Budgetdienst soll durch Bereitstellung regierungsunabhängiger Fachexpertisen den Nationalrat bei der Ausübung seiner Kontrollfunktion gegenüber der Regierung unterstützen und der Informationsasymmetrie zwischen Nationalrat und Bundesregierung in Haushaltsfragen entgegenwirken. Damit hat der Budgetdienst folgende Aufgaben:

- ♦ Beratung des Budgetausschusses, insbesondere durch die Erstellung laufender Analysen zu den dem Budgetausschuss gemäß Bundeshaushaltsgesetz 2013 (BHG 2013) vorzulegenden Unterlagen (insbesondere Entwurf zum Bundesfinanzgesetz (BFG) sowie zum Bundesfinanzrahmengesetz (BFRG), Berichte an den Nationalrat gemäß §§ 47 sowie 66 bis 68 BHG 2013).
- ♦ Beratung weiterer Ausschüsse des Nationalrates hinsichtlich der Folgenabschätzung von rechtsetzenden Maßnahmen (§ 17 BHG 2013).
- ♦ Erstellung von Analysen auf Anfrage einzelner Mitglieder des Budgetausschusses.

Die genannten Aufgaben umfassen auch die Wirkungsorientierung, insbesondere unter der Berücksichtigung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern.

Eine Konkretisierung der Aufgaben, der wesentlichen Verfahrensfragen für die Bereitstellung der Analysen und die Beantwortung von Anfragen erfolgte in einer Ausschussfeststellung des Budgetausschusses. Der analytische Schwerpunkt soll demnach auf

ökonomischen Fragestellungen liegen, die vor allem Makroanalysen (z. B. Schätzungen der finanziellen Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung), Nachhaltigkeitsanalysen (z. B. Überprüfung der Budgetpolitik bzw. größerer Programme und Maßnahmen auf ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit), Verteilungsanalysen (z. B. Auswirkungen von Budgets bzw. von budgetpolitischen Maßnahmen bzw. Programmen auf Individuen und Haushalte) und Analysen der finanziellen Effekte spezifischer diskretionärer Maßnahmen bzw. Programme (z. B. von steuerlichen Maßnahmen oder von Transferprogrammen) umfassen.

Der Budgetdienst erfüllt seine Aufgaben unabhängig unter Beachtung der Grundsätze der Unparteilichkeit, der Äquidistanz und der Gleichbehandlung aller Fraktionen sowie der Objektivität und Transparenz. Die Analysen des Budgetdienstes werden allen Fraktionen übermittelt und auf der Webseite des Parlaments veröffentlicht.

Die detaillierte Darstellung der Aufgaben des Budgetdienstes erfolgte in einem [Produkt- und Leistungskatalog](#), der die Beratung des Budgetausschusses und anderer Fachausschüsse sowie die Aktivitäten zum Informations- und Wissenstransfer weiter präzisiert.

1.2 Rechtliche Grundlagen

Der Budgetdienst wurde im Jahr 2012 auf Initiative der Budgetsprecher des Budgetausschusses ohne die international für vergleichbare Institutionen übliche gesetzliche Verankerung eingerichtet.¹ Bezüglich Informationszugang ging der Budgetausschuss davon aus, dass die jeweiligen Bundesministerien und öffentlichen Stellen alle relevanten Informationen im Wege der Amtshilfe gemäß Art. 22 Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) bereitstellen. Aufgrund der Erfahrungen in der Praxis hat sich gezeigt, dass die Bereitstellung von Informationen an den Budgetdienst zur Sicherstellung der Transparenz der öffentlichen Finanzen gesetzlich geregelt werden sollte.

Eine gesetzliche Verankerung hat der Budgetdienst im Jahr 2013 mit dem Bundesgesetz über die Errichtung des Fiskalrates erfahren. Der Budgetdienst ist demnach ebenso wie

1 | In der Ausschussfeststellung wurde festgehalten, dass der Budgetdienst vorläufig ohne Gesetzesänderungen eingerichtet werden soll.

die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) berechtigt, an allen Sitzungen des Fiskalrates mit beratender Stimme teilzunehmen. Analog zum Fiskalrat ist der Budgetdienst auch berechtigt an den Sitzungen des 2021 eingerichteten Produktivitätsrates mitzuwirken (Fiskalrat- und Produktivitätsratgesetz 2021).

Im Bundesstatistikgesetz 2000 wird wissenschaftlichen Einrichtungen der Zugang zum Austrian Micro Data Center (AMCD) der Statistik Austria ermöglicht, wobei auch der Budgetdienst explizit als zugangsberechtigte Einrichtung angeführt wird, soweit dieser bei der Formulierung seiner wissenschaftlichen Schlussfolgerungen unabhängig ist.

1.3 Ressourcen

Seit vielen Jahren bestand der Budgetdienst, basierend auf der Ausschussfeststellung aus dem Jahr 2011, aus acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, davon sechs akademisch ausgebildete Fachexpertinnen und Fachexperten sowie zwei Assistenzkräfte.

Im Rahmen der Übernahme durch die neue Leiterin wurde eine Aufstockung der Personalressourcen um zwei Planstellen (Ökonomen) möglich und durch die Karenzierung eines Mitarbeiters erfolgte eine Nachbesetzung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Budgetdienstes haben eine vielseitige fiskalpolitische, ökonomische, budgettechnische und betriebswirtschaftliche Expertise. Das Team setzt sich aus Ökonomen, Betriebswirtinnen, Wirtschaftsmathematikern sowie spezifisch qualifizierten Fachassistenzkräften zusammen.



Im Anhang finden sich die Kurzlebensläufe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Ausbildungs- und Arbeitsschwerpunkte.

2. Aktivitäten 2024 und Leistungsstatistik

Die Leistungen des Budgetdienstes orientierten sich im Jahr 2024 insbesondere an den Erfordernissen des Budgetausschusses und an dessen Sitzungsfahrplan. Da im Jahr 2024 durch die Neuwahl des Nationalrates im Herbst und durch die anschließende Regierungsbildung kein Budget 2025 vorgelegt wurde, lag der Schwerpunkt der Arbeit auf den laufenden Sitzungen des Budgetausschusses und der Beantwortung von Anfragen seiner Mitglieder.

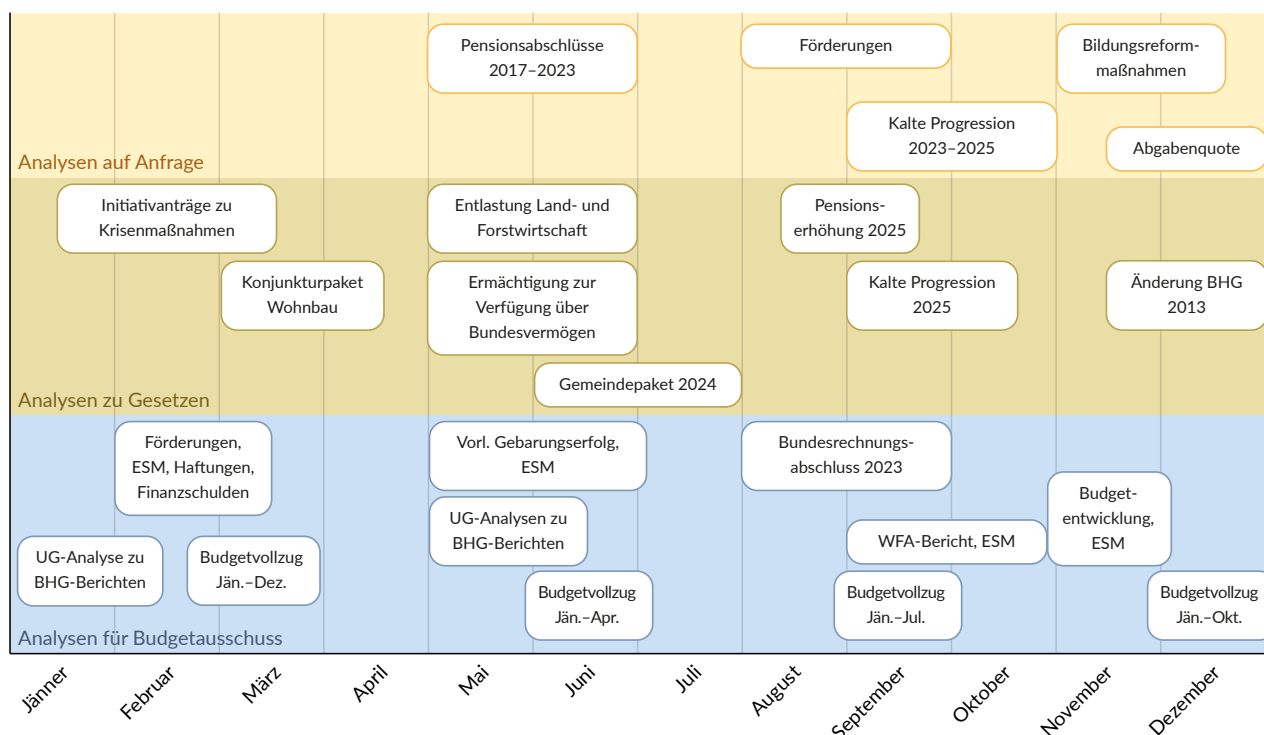
Im Jahr 2024 hat der Budgetausschuss viermal getagt. Darüber hinaus fanden zwei Sitzungen des Unterausschusses Budgetvollzug statt.

Sitzungen des Budgetausschusses und des Unterausschusses Budgetvollzug						
Anzahl		2020	2021	2022	2023	2024
Budgetausschuss						
Budgetberatungen	Anzahl in Tagen	12	6	6	5	0
Laufende Sitzungen des Budgetausschusses		13	8	9	7	4
Unterausschuss Budgetvollzug						
Sitzungen		0	4	5	4	2

Quelle: Webseite des Parlaments

Die im Jahr 2024 erstellten Analysen des Budgetdienstes deckten alle wesentlichen Tagesordnungspunkte des Budgetausschusses bzw. des Unterausschusses Budgetvollzug ab. Der Budgetdienst erarbeitete Analysen zu diversen Gesetzesvorlagen, Informationen zu den neuen EU-Fiskalregeln, dem automatischen Budgetprovisorium und der technischen Novelle des Bundeshaushaltsgesetzes 2013 (BHG 2013). Das Team analysierte zahlreiche Berichte des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) sowie der Wirkungskontrollinstanz des (vormaligen) Bundesministeriums für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport (BMKÖS) und beantwortete Anfragen der Abgeordneten zu unterschiedlichen Themen.

Grafik 1: Analysen und Informationen des Budgetdienstes im Jahr 2024



Quelle: Budgetdienst

Der Budgetdienst erstellte im Jahr 2024 für den Budgetausschuss insgesamt 40 Analysen. Davon betrafen 24 Dokumente Analysen zu Berichten des BMF bzw. der Wirkungskontrollinstanz des (vormaligen) BMKÖS für den laufenden Budgetausschuss sowie den Unterausschuss Budgetvollzug. Weiters wurden fünf Analysen zu Anfragen von Abgeordneten, acht Analysen zu Gesetzesvorlagen sowie drei Analysen zur haushaltspolitischen Überwachung im Rahmen des Europäischen Semesters erarbeitet.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Leistungen in den wesentlichen Aufgabenbereichen des Budgetdienstes zwischen 2020 und 2024. Die vergleichsweise niedrigere Anzahl an Analysen im Jahr 2024 lag insbesondere daran, dass der Budgetdienst 2024 keine Analysen zu den Budgetberatungen erstellte. Aufgrund der Nationalratswahl im Herbst 2024 legte die neue Bundesregierung das Budget für 2025 erst im Frühjahr 2025 gemeinsam mit dem Budgetentwurf für 2026 vor.

Anzahl der erstellten Analysen und Informationen des Budgetdienstes					
	2020	2021	2022	2023	2024
Budget	91	44	43	46	0
Gesamtanalysen	7	2	3	3	0
Untergliederungsanalysen	70	35	35	36	0
Lesehilfen und Landkarten	14	7	5	7	0
Budgetvollzug	22	24	16	16	14
Jährliche Berichte	6	6	6	6	6
Unterjährige Berichte	16	18	10	10	8
Wirkungsorientierung	2	10	16	16	10
Europäisches Semester	2	3	2	3	3
Analysen auf Anfrage	5	5	4	4	5
Analysen zu Gesetzesvorlagen	5	7	9	8	8
Gesamt	127	93	90	93	40

Quelle: Budgetdienst

2.1 Analysen auf Anfrage

Der Budgetdienst hat im Jahr 2024 fünf Anfragen von Abgeordneten des Budgetausschusses unterschiedlicher Klubs erhalten und beantwortet.

Analysen auf Anfrage von Abgeordneten im Jahr 2024			
Datum	Titel	Anfragestellerin/ Anfragesteller	Klub
29.05.2024	Fiskalische Wirkung der Pensionsbeschlüsse zwischen 2017 und 2023	Gerald Loacker	NEOS
02.09.2024	Entwicklung der Förderungen des Bundes seit 2017	Kai Jan Krainer	SPÖ
16.09.2024	Verteilungswirkung der Abgeltung der kalten Progression 2023 bis 2025	Jakob Schwarz	GRÜNE
25.11.2024	Kosten von Bildungsreformmaßnahmen	Karin Doppelbauer	NEOS
19.12.2024	Abgabenquote und Besteuerung des Faktors Arbeit in Österreich und im internationalen Vergleich	Hubert Fuchs	FPÖ

Quelle: Budgetdienst

Fiskalische Wirkung der Pensionsbeschlüsse zwischen 2017 und 2023

Der Abgeordnete Gerald Loacker (NEOS) ersuchte den Budgetdienst um eine Studie zur langfristigen fiskalischen Wirkung der Pensionsbeschlüsse 2017 bis 2023 und um eine Darstellung der im Rahmen der Konsolidierungspakete nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 umgesetzten Maßnahmen im Pensionsbereich. Die fiskalischen Kosten der zwischen 2017 und 2023 gefassten Pensionsbeschlüsse betragen im Zeitraum zwischen 2025 und 2050 inflationsbereinigt etwa 1,8 Mrd. EUR bzw. 0,3 % des BIP pro Jahr und belasten somit das Pensionssystem. Die im Pensionsbereich zwischen 2010 und 2012 beschlossenen Maßnahmen trugen hingegen maßgeblich zur Budgetkonsolidierung nach der Finanz- und Wirtschaftskrise bei.

Entwicklung der Förderungen des Bundes seit 2017

Der Abgeordnete Kai Jan Krainer (SPÖ) ersuchte den Budgetdienst um eine Analyse zur Entwicklung der direkten und indirekten Förderungen seit 2017. Das Gesamtfördervolumen des Bundes belief sich im Jahr 2022 auf 37,1 Mrd. EUR und war um 70 % höher als 2017. Bereinigt um temporäre Krisenmaßnahmen betrug der Anstieg 35 %. Damit stieg das Fördervolumen in diesem Zeitraum deutlich stärker als die Verbraucherpreise (+17,2 %) bzw. das nominelle Bruttoinlandsprodukt (BIP; +21,1 %). Der Anteil des Fördervolumens am BIP stieg dadurch um 2,4 % Punkte auf 8,3 % des BIP bzw. bereinigt um Krisenmaßnahmen um 0,7 % Punkte auf 6,6 % des BIP.

Verteilungswirkung der Abgeltung der kalten Progression 2023 bis 2025

Der Abgeordnete Jakob Schwarz (Grüne) ersuchte den Budgetdienst um eine Analyse der Verteilungswirkungen im Zusammenhang mit der Abgeltung der kalten Progression für den Zeitraum 2023 bis 2025. Dabei wurden die Verteilungswirkungen des tatsächlich erfolgten Progressionsausgleichs mit jenen verglichen, die sich bei einer automatischen Vollanpassung der Tarifeckwerte ergeben würden. Der umgesetzte Progressionsausgleich führte in den unteren Einkommensdezilen zu einer stärkeren Entlastung, in den oberen Dezilen wäre die Entlastung hingegen bei einer automatischen Vollanpassung etwas höher. In den mittleren Einkommensdezilen sind die Unterschiede gering.

Kosten von Bildungsreformmaßnahmen

Auf Anfrage der Abgeordneten Karin Doppelbauer (NEOS) ermittelte der Budgetdienst die Kosten von Maßnahmen im Bildungsbereich. Die Bundesmittel für ausgewählte, bereits bestehende Maßnahmen wurden auf 532 Mio. EUR geschätzt, was etwa 459 EUR pro Schülerin und Schüler entspricht. Die angefragten Kostenschätzungen betrafen Reformmaßnahmen, wie etwa die Senkung von Gruppengrößen im Elementarbereich, die Anpassung von Gehältern und die Finanzierung von mehr Supportpersonal im Bildungsbereich.

Abgabenquote in Österreich und im internationalen Vergleich

Auf Anfrage des Abgeordneten Hubert Fuchs (FPÖ) untersuchte der Budgetdienst die Abgabenquote und die Belastung des Faktors Arbeit in Österreich und nahm dazu auch internationale Vergleiche vor. Die Abgabenquote belief sich im Jahr 2023 auf 43,5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP), Abgaben iHv 23,7 % des BIP entfielen auf den Faktor Arbeit. Damit lag sowohl die gesamte Abgabenquote als auch der Anteil der Abgaben auf Arbeit am BIP über dem Durchschnitt der Europäischen Union (EU). Das österreichische Steuer- und Transfersystem weist in den meisten Einkommensbereichen eine hohe Grenz- und Durchschnittsbelastung und zusätzlich einige Sprungstellen auf. Daraus ergeben sich negative Erwerbsanreize.

2.2 Analysen zu Gesetzesvorlagen

Im Jahr 2024 hat der Budgetdienst acht Analysen zu Gesetzesvorlagen mit substantziellen finanziellen und volkswirtschaftlichen Auswirkungen veröffentlicht. Die Gesetzesvorlagen wurden im Budgetausschuss oder in anderen Fachausschüssen beraten.

Analysen zu Gesetzesvorlagen im Jahr 2024	
Datum	Titel
16.02.2024	Initiativanträge im Budgetausschuss am 22. Februar 2024
22.03.2024	Konjunkturpaket für den Wohnbau
29.05.2024	Entlastungsmaßnahmen für die Land- und Forstwirtschaft
29.05.2024	Ermächtigung zur Verfügung über bewegliches Bundesvermögen
25.06.2024	Gemeindepaket 2024
05.09.2024	Pensionserhöhung 2025 und begleitende Maßnahmen
16.09.2024	Abgeltung der kalten Progression im Jahr 2025
05.12.2024	Änderung des Bundeshaushaltsgesetzes 2013

Quelle: Budgetdienst

Initiativanträge im Budgetausschuss Februar 2024

In den Nationalratssitzungen am 15. Dezember 2023 bzw. am 31. Jänner 2024 wurden von Abgeordneten der Regierungsparteien drei Initiativanträge (3824/A, 3815/A, 3869/A) eingebracht, die dem Budgetausschuss zugewiesen und in der Sitzung am 22. Februar 2024 behandelt wurden. Diese betrafen eine Ausweitung des Energiekrisenbeitrags auf das Jahr 2024, eine Anhebung der Freigrenze für die Besteuerung der sonstigen Bezüge (z. B. Urlaubs- und Weihnachtsgeld), die Erhöhung des Sonderausgabenabzugs für Kirchenbeiträge und eine Verlängerung der Regelung betreffend der Kostenübernahme durch den Bund von COVID-19-Impfungen im niedergelassenen Bereich.

Konjunkturpaket für den Wohnbau

Die Bundesregierung präsentierte aufgrund der schwachen Entwicklung der Baukonjunktur am 27. Februar 2024 ein Konjunkturpaket für den Wohnbau mit einem Gesamtvolumen von etwa 2,5 Mrd. EUR. Weite Teile des Konjunkturpakets wurden in der Nationalratssitzung am 20. März 2024 beschlossen. In der Analyse des Budgetdienstes werden die einzelnen Maßnahmen des Konjunkturpakets und ihre finanziellen Auswirkungen soweit verfügbar dargestellt (Initiativanträge 3944/A, 3945/A, 3946/A, 3948/A, 3949/A, 3988/A). Darüber hinaus werden die Rahmenbedingungen zur Entwicklung der Baukonjunktur skizziert und die Ausgaben der Länder für Wohnbauförderung bzw. die Einnahmen aus dem Wohnbauförderungsbeitrag dargestellt.

Entlastungsmaßnahmen für die Land- und Forstwirtschaft

In der Nationalratssitzung am 16. Mai 2024 wurde von Abgeordneten der Regierungsparteien der Initiativantrag 4068/A zur Verlängerung der temporären Agrardieselvergütung bis Ende 2025 eingebracht. In der Analyse des Budgetdienstes wird der Inhalt des Initiativantrags erläutert und in den Kontext weiterer Entlastungsmaßnahmen für die Land- und Forstwirtschaft gestellt, die am 15. Mai 2024 von der Bundesregierung angekündigt wurden (z. B. Bodenbewirtschaftungsbeitrag 2024, Sondermittel für mehr Tierwohl). Darüber hinaus werden die finanziellen Auswirkungen dieser Maßnahmen dargestellt. Diese belaufen sich bis 2025 auf insgesamt 334 Mio. EUR.

Ermächtigung zur Verfügung über bewegliches Bundesvermögen

Mit dem Bundesgesetz betreffend die Ermächtigung zur Verfügung über bewegliches Bundesvermögen (2529 d. B.) soll dem Bundesminister für Finanzen die Ermächtigung eingeräumt werden, Nutzungsrechte an Schulgebäuden ruhendzustellen bzw. zu kündigen. Damit wird die Voraussetzung für die Umsetzung zweier Schulbauprojekte gemäß Schulentwicklungsprogramm 2020 (SCHEP 2020) geschaffen. Das SCHEP 2020 definiert beabsichtigte und erforderliche Schulbaumaßnahmen im Bundesschulbereich. Der gesamte Budgetumfang der Jahre 2020 bis 2030 soll bei etwa 2,4 Mrd. EUR liegen. Laut Wirkungsorientierter Folgenabschätzung (WFA) hat dieses Vorhaben keine finanziellen Auswirkungen, die konkreten finanziellen Auswirkungen der Projekte werden in separaten Vorhaben dargestellt.

Gemeindepaket 2024

Die inflationsbedingten Ausgabensteigerungen und die gleichzeitig schwache Einnahmentwicklung der Gemeinden belasten zunehmend deren Finanzlage. Die Bundesregierung präsentierte daher am 5. Juni 2024 ein Maßnahmenpaket zur Unterstützung der Gemeinden. In den Jahren 2025 bis 2027 stellt der Bund für ein neues kommunales Investitionsprogramm 500 Mio. EUR zur Verfügung. Weiters gewährte der Bund den Gemeinden im Jänner 2025 einmalig eine zusätzliche Finanzausweisung iHv 300 Mio. EUR und einen Zweckzuschuss iHv insgesamt 120 Mio. EUR für den Ausbau des digitalen Übergangs in den Jahren 2025 bis 2028.

Pensionserhöhung 2025 und begleitende Maßnahmen

In der Budgetausschusssitzung am 12. September 2024 brachten die Regierungsparteien einen Abänderungsantrag zum Initiativantrag 4141/A ein, mit dem die Pensionserhöhung für das Jahr 2025, die Schutzklausel für Pensionsantritte 2025 und die erneute Aussetzung der aliquoten ersten Pensionserhöhung für Pensionsantritte 2025 umgesetzt wurden. In der Analyse werden diese Änderungen näher erläutert. Darüber hinaus werden die fiskalischen Kosten dieser Maßnahmen auf Grundlage eigener Berechnungen dargestellt. Diese belaufen sich bis 2025 auf insgesamt 37 Mio. EUR, bis 2028 steigen sie auf 111 Mio. EUR an.

Abgeltung der kalten Progression im Jahr 2025

Die steuerliche Mehrbelastung durch die kalte Progression ist seit dem Jahr 2023 jährlich abzugelten. Dabei sind die gesetzlich festgelegten Tarifeckwerte jedenfalls im Ausmaß von zwei Dritteln der auszugleichenden Inflationsrate anzupassen. Das Volumen für das verbleibende Drittel ist jährlich durch diskretionäre Maßnahmen auszugleichen. Die Analyse des Budgetdienstes stellt die für 2025 geplante Vorgangsweise zum Ausgleich des verbleibenden Drittels dar und untersucht die finanziellen Auswirkungen und Verteilungswirkungen der Maßnahmen.

Änderung des Bundeshaushaltsgesetzes 2013

Österreich hat in den Jahren 2009 und 2013 eine weitreichende Haushaltsrechtsreform umgesetzt, die 2017/18 unter Einbeziehung des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Universität Klagenfurt evaluiert wurde. Mit der vorliegenden Änderung des Bundeshaushaltsgesetzes 2013 sollen in einem ersten Schritt „technische“ Anpassungen erfolgen. Die Novelle zum Bundeshaushaltsgesetz 2013 umfasst prozedurale und redaktionelle Änderungen, aber keine grundlegenden haushaltsrechtlichen Neuerungen. Es sollen widersprüchliche Regelungen harmonisiert sowie Klarstellungen und (Verwaltungs-)Vereinfachungen vorgenommen werden.

2.3 Analysen zu neuen Fiskalregeln der Europäischen Union

Seit April 2024 gelten neue EU-Fiskalregeln, als wesentlichste Änderung rückt das Ausgabenwachstum in das Zentrum der haushaltspolitischen Überwachung. Für jeden EU-Mitgliedstaat, der eine Schuldenquote über 60 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bzw. ein Defizit über 3 % des BIP aufweist, wird länderspezifisch das Ausgabenwachstum so begrenzt, dass sich die Schuldenquote mittelfristig rückläufig entwickelt. Im Hinblick auf die große Bedeutung der Fiskalregeln für die wirtschafts- und fiskalpolitische Steuerung hat der Budgetdienst für den Nationalrat mehrere Analysen zu den neuen Regelungen und relevanten Verfahrensschritten erstellt. Während der Verhandlungen zur Bildung einer neuen Bundesregierung lieferte er dem Nationalrat Informationen zu einem möglichen Verfahren bei einem übermäßigen Defizit und berechnete auf Basis aktueller Prognosen Szenarien zur Abschätzung der ab 2025 erforderlichen Budgetkonsolidierung. Die Höhe der erforderlichen Budgetkonsolidierung variiert in den Szenarien deutlich, je nachdem, ob ein vier- oder siebenjähriger Anpassungszeitraum gewählt wird und ob sich Österreich in einem Verfahren bei einem übermäßigen Defizit befindet.

Analysen zu neuen EU-Fiskalregeln im Jahr 2024	
Datum	Titel
29.05.2024	Neue EU-Fiskalregeln und Europäisches Semester 2024
02.07.2024	Update neue EU-Fiskalregeln und Europäisches Semester 2024
15.11.2024	Aktuelle Themen zur Budgetentwicklung 2024 und 2025

Quelle: Budgetdienst

3. Beiträge zur Transparenz und zum Wissensaufbau

Die Tätigkeit des Budgetdienstes ist darauf ausgerichtet, die Informationsasymmetrie zwischen Regierung bzw. Verwaltung und Gesetzgebung zu reduzieren und die Transparenz über die Entwicklung der öffentlichen Finanzen auch gegenüber der interessierten Öffentlichkeit zu erhöhen. Im Fokus steht dabei die Unterstützung der parlamentarischen Tätigkeit der Abgeordneten durch zielgerichtete Informationen, die über die Webseite des Parlaments auch der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden. Im [Bereich des Budgetdienstes](#) auf der Webseite des Parlaments werden sämtliche Analysen veröffentlicht. Dort findet sich auch die [interaktive Budgetvisualisierung](#), die laufend aktualisiert wird.

3.1 Vernetzungstätigkeit des Budgetdienstes

Eine starke Vernetzung und ein intensiver Informations- und Wissensaustausch sind für die Qualität der Aufgabenwahrnehmung des Budgetdienstes essentielle Erfolgsfaktoren. Für die laufenden Analysen und die Weiterentwicklung in fiskalpolitischen und haushaltsrechtlichen Fragestellungen ist primär die Zusammenarbeit mit innerstaatlichen Einrichtungen maßgeblich. Die vielfältigen Aktivitäten des Budgetdienstes im Rahmen internationaler Plattformen und Netzwerke dienen hingegen dem Erfahrungsaustausch und der Orientierung an Best-Practice-Modellen und internationalen Standards.

3.1.1. Nationale Stakeholder

Der Budgetdienst erstellt seine Analysen in erster Linie für die Mitglieder des Budgetausschusses. Die Analysen zu den Budgetunterlagen werden für alle Abgeordneten des Nationalrates erarbeitet und den Mitgliedern des Bundesrates zur Information übermittelt. Das Team steht auch den Klubmitarbeiterinnen und -mitarbeitern für technische Fragen zur Verfügung. Wesentliche Ansprechpartner auf Verwaltungsebene waren 2024 vor allem das Bundesministerium für Finanzen (BMF) für den Budget- und Abgabebereich bzw. das (vormalige) Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport (BMKÖS) mit der Wirkungscontrollingstelle und den Personalagenden sowie auch die anderen

Bundesministerien und Obersten Organe. Zudem ist der Austausch mit Kolleginnen und Kollegen der Wirtschaftsforschungsinstitute, der Statistik Austria, der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) und des Fiskalrates für die Qualität der Arbeit des Budgetdienstes entscheidend. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beteiligen sich regelmäßig mit Vorträgen an fach einschlägigen Diskussionen. Auf nationaler Ebene bestritt der Budgetdienst im Jahr 2024 insgesamt 13 Veranstaltungen, dies umfasste auch den Austausch mit Universitäten, den Landtagen und der Verwaltung einzelner Bundesländer. Nachfolgend werden beispielhaft einige Vorträge angeführt:

- ♦ **Frauenfrühstück, Parlament, Wien am 5. März 2024**
Gender Budgeting (Petra Gschiel)
- ♦ **Fiskalrat-Workshop: „Fiskalische Dimensionen des Klimawandels und Klimaschutz“, Wien am 15. März 2024**
Klimarelevante Subventionen und Green Budgeting (Kristina Fuchs)
- ♦ **Exkursion WU Top League, Wien am 19. April 2024**
Wie unterstützt der Budgetdienst die Tätigkeit von Abgeordneten? (Markus Riegler)
- ♦ **WIFO Jour Fixe Budget- und Steuerpolitik, Wien am 24. Juni 2024**
Reform der EU-Fiskalregeln, Diskussionsbeitrag (Kristina Fuchs)
- ♦ **WU Wirtschaftsuniversität Wien am 13. September 2024**
Probleme der Praxis der Wirkungsorientierten Folgenabschätzung (Petra Gschiel/Julia Heiss/Christoph Konrath)



- ♦ **Oberösterreichischer Landtag, Linz am 25. September 2024**

Wie unterstützt der Budgetdienst die Tätigkeit von Abgeordneten? (Kristina Fuchs)

- ♦ **MA 23-Talk, Wien am 10. Oktober 2024**

Unterstützung des Budgetausschusses – aktuelle Analysen des Budgetdienstes
(Kristina Fuchs/Paul Eckerstorfer)

- ♦ **WIFO Jour Fixe Budget- und Steuerpolitik, Wien am 14. Oktober 2024**

Entwicklung der Förderungen des Bundes seit 2017 (Paul Eckerstorfer/Friedrich Sindermann)

- ♦ **Service Center | Briefings, Wien am 9. Dezember 2024**

Leistungsangebot des Budgetdienstes (Paul Eckerstorfer)

Zudem lehren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Budgetdienstes am Joint Vienna Institute (JVI), an der Fachhochschule für Public Management, an der Verwaltungsakademie des Bundes sowie an der Austrian School of Government und leisten damit einen Beitrag zu Aus- und Fortbildung der im öffentlichen Bereich tätigen Bediensteten.

3.1.2. Internationale Plattformen und Netzwerke

Der Budgetdienst engagiert sich auch in internationalen Netzwerken und in der Zusammenarbeit mit anderen Parlamenten. 2024 lag ein Schwerpunkt zur Stärkung der Haushaltskontrolle auf einer Kooperation mit dem albanischen Parlament. Nachfolgend werden beispielhaft einige Konferenzbeiträge dargestellt.

- ♦ **9th World Congress of the International Microsimulation Association,**

Wien am 9. Jänner 2024

Inflation and Government Response –
Distributional Impact on Austrian House-
holds (Markus Riegler)



- ♦ **Inter Pares Workshop on “The Role of Parliament in the Budget Process”,
Prag am 11. März 2024**

Supporting Parliament through a Parliamentary Budget Office – the Austrian experience (Kristina Fuchs)

Regulatory Impact Assessment – Cooperation between Government and the Parliamentary Budget Office (Kristina Fuchs)

- ♦ **OECD Meeting, Paris am 16. Mai 2024**

Gender Budget Statements and parliamentary oversight of Gender Budgeting – Parliamentary Perspective (Petra Gschiel)

- ♦ **Supporting Parliament through
a Parliamentary Budget Office –
the Austrian experience, (Workshop),
Tirana von 16. bis 17. Mai 2024**

Understanding the Role of Parliamentary Budget Offices (Kristina Fuchs)
Effective Budget Research and Analysis
(Kristina Fuchs/Paul Eckerstorfer)



- ♦ **ECPRD – Use of Data Visualization for Parliaments, Budapest von 23. bis 24. Mai 2024**
Interactive Visualization of the Austrian Budget (Friedrich Sindermann)

- ♦ **16th Annual Meeting of the OECD Working Party of Parliamentary Budget Officials
and Independent Fiscal Institutions, Athen von 16. bis 18. Juni 2024**

Integrating climate considerations into long term fiscal sustainability – Austrian PBO Perspective (Kristina Fuchs)

- ♦ **Study Visit of the Members of the Albanian Parliament, Wien von 7. bis 10. Oktober 2024**

Budget Analysis by the Austrian PBO (Kristina Fuchs)

Macro Analysis of the Budget and Budget Chapters Labour and Pensions

(Paul Eckerstorfer/Markus Riegler)

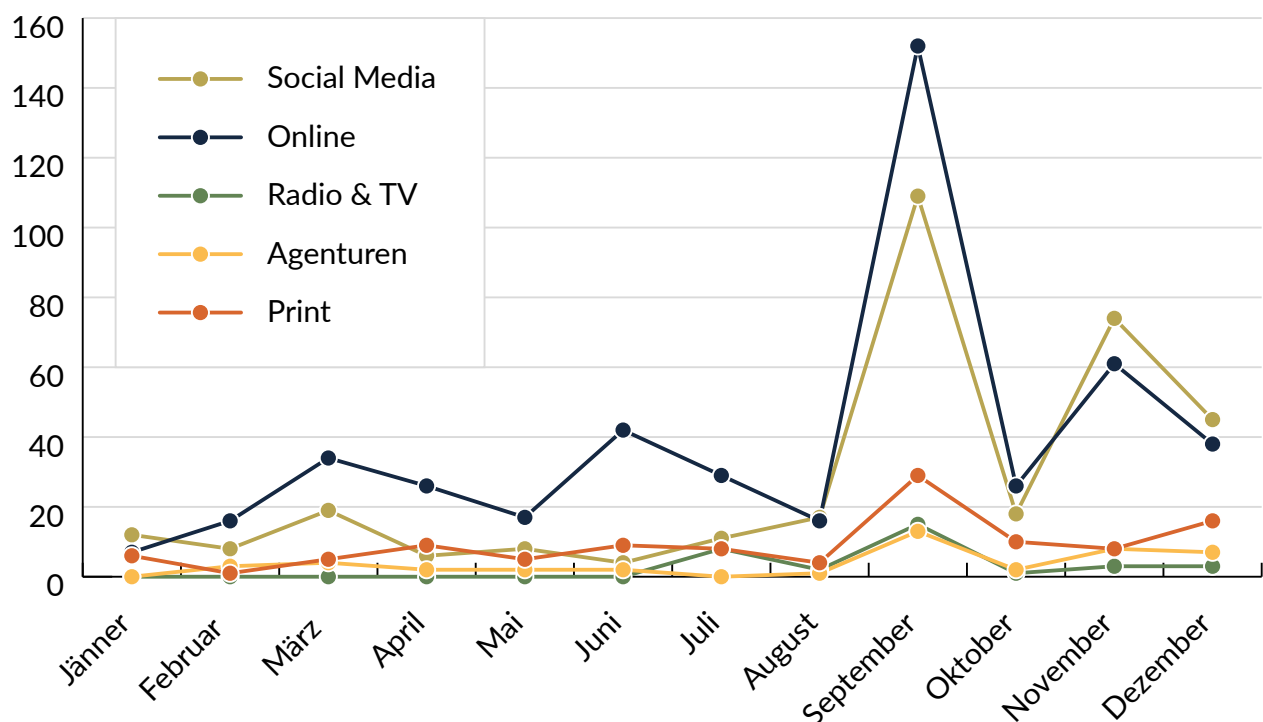
Budget Structure – Performance Budgeting (Petra Gschiel/Johanna Chaloupka)

- ♦ **Study Visits Albanian Parliament, Wien am 15. November und 10. Dezember 2024**
Supporting Parliament through a Parliamentary Budget Office – the Austrian experience (Kristina Fuchs/Paul Eckerstorfer)
- ♦ **OECD PBO/IFI Climate Experts Group, online am 28. November 2024**
Austria's Natural Disaster Fund – Austrian PBO Perspective (Kristina Fuchs)
- ♦ **Budget Committee – European Parliament, Brüssel am 12. Dezember 2024**
Gender Budgeting in Austria (Petra Gschiel)



Die Veröffentlichung der Analysen des Budgetdienstes auf der Webseite erfolgt in der Regel nach der parlamentarischen Behandlung im Ausschuss oder nach der Versendung an die Abgeordneten. Nachfolgende Grafik zeigt, dass die häufigsten medialen Nennungen im Herbst 2024 nach Aussendung der Analysen auf Anfragen zur Entwicklung der Förderungen, zu den fiskalischen Wirkungen der Pensionsbeschlüsse zwischen 2017 und 2023 und zu den Verteilungswirkungen der Abgeltung der Kalten Progression erfolgten.

Grafik 2: Wann und wie oft wurde der Budgetdienst in den Medien erwähnt?



Quelle: EULE+ | Medienbeobachtung & Recherche

Anhang: Team des Budgetdienstes

zum Stichtag 1.1.	2013	2014	2015	2016-2018	2019	2020-2024	2025
Vollbeschäftigungs- äquivalente (VBÄ)	4,0	6,0	6,5	7,5	7,0	8,0	10,0

Mit Ende 2024 bestand das Team des Budgetdienstes aus zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, davon acht akademisch ausgebildete Fachexpertinnen und Fachexperten sowie zwei Assistenzkräfte. Nachfolgend finden sich die Kurzlebensläufe sowie die Ausbildungs- und Arbeitsschwerpunkte.





Kristina Fuchs leitet seit 1. Dezember 2023 den Budgetdienst.

Kristina Fuchs hat einen Master-Abschluss in Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Wirtschaftsuniversität Wien und als Fulbright-Stipendiatin einen Master-Abschluss in Public Policy und Public Administration der Columbia University, New York, School of International Affairs.

Seit 2003 beschäftigt sich Kristina Fuchs mit der österreichischen Budgetpolitik. Sie war in verschiedenen Positionen der Budgetsektion des österreichischen Bundesministeriums für Finanzen tätig und zwischen 2013 und 2018 als Senior Expertin am Aufbau des Budgetdienstes des österreichischen Parlaments beteiligt. 2018 übernahm sie die Leitung der Abteilung II/8 Budgetplanung und -controlling in der Budgetsektion des Bundesministeriums für Finanzen, 2022 wurde sie Leiterin der Gruppe II/C Budgetplanung und -prognose. Vor ihrem neuerlichen Wechsel in den Budgetdienst Ende 2023 war sie interimistisch mit der Leitung der Budgetsektion betraut.

In den Sitzungen des Budgetausschusses vertritt sie den Budgetdienst als sachverständige Auskunftsperson, im österreichischen Fiskalrat ist sie mit beratender Stimme vertreten. Kristina Fuchs engagiert sich auch in der Aus- und Weiterbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst.

Tätigkeitsbereiche

- ◆ Budgetpolitik, -prognose und -controlling, Haushaltswesen, Gesetzesfolgenabschätzung
- ◆ Koordination der Analysen und Serviceleistungen für die Abgeordneten des Budgetausschusses
- ◆ Sicherstellung des Informationszugangs
- ◆ Qualitätssicherung sämtlicher Produkte

des Budgetdienstes zur Gewährleistung der inhaltlichen Unabhängigkeit und Äquidistanz

- ◆ Kooperation mit nationalen und internationalen Organisationen und Institutionen
- ◆ Medienkommunikation
- ◆ Personalmanagement



Johanna Chaloupka ist seit 1. Juli 2024 Budget- und Haushaltsrechtsexpertin im Budgetdienst.

Johanna Chaloupka studierte an der Fachhochschule Wiener Neustadt mit Schwerpunkt Audit und absolvierte ihren Master in Wirtschaftspädagogik an der Wirtschaftsuniversität Wien. Sie ist geprüfte Steuerberaterin.

Nach mehreren Jahren in der Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung einer international tätigen Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungskanzlei und im Konzernrechnungswesen eines Immobilienkonzerns wechselte Johanna Chaloupka im Jahr 2016 in den öffentlichen Sektor. Zunächst war sie bei der Finanzmarktaufsicht im Bereich der Rechnungslegungskontrolle tätig, anschließend verstärkte sie das Haushaltsrechtsteam im Bundesministerium für Finanzen. Bevor sie zum Budgetdienst wechselte, war sie im Rechnungshof in der Prüfung von Abschlussrechnungen sowie in der Erstellung des Bundesrechnungsabschlusses tätig. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in der Beurteilung haushaltsrechtlicher Fragestellungen und der Befassung mit Rechnungslegungsstandards.

Fachthemen

- ♦ Haushaltsrecht, Bilanzierung und (internationale) Rechnungslegungsstandards
- ♦ Bundeshaftungen und Eventualverbindlichkeiten
- ♦ Beteiligungen (Beteiligungs- und Finanzcontrolling)
- ♦ Personalcontrolling
- ♦ Bundesrechnungsabschluss und Abschlussrechnungen des Bundes

Budgetuntergliederungen

- ♦ UG 06-Rechnungshof
- ♦ UG 11-Inneres
- ♦ UG 12-Äußeres
- ♦ UG 14-Militärische Angelegenheiten
- ♦ UG 18-Fremdenwesen
- ♦ UG 45-Bundesvermögen



Paul Eckerstorfer ist seit 2013 Ökonom im Budgetdienst und seit Anfang 2025 stellvertretender Leiter.

Paul Eckerstorfer studierte an der Universität Wien Volkswirtschaftslehre und absolvierte an den Universitäten Linz und Innsbruck sein PhD-Studium. Von 2008 bis 2013 war er als Assistent am Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Linz tätig. In seiner Dissertation und seiner

Forschungstätigkeit widmete er sich Fragen der Steuertheorie und Steuerpolitik sowie der Einkommens- und Vermögensverteilung in Österreich. Mehrere der Forschungsarbeiten, an denen er beteiligt war, wurden in internationalen Fachjournals veröffentlicht. Forschungsaufenthalte führten ihn an die Freie Universität Berlin und an das niederländischen Bureau for Economic Policy Analysis. Am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) und an der Österreichischen Nationalbank (OeNB) war er im Rahmen eines Mitarbeiteraustausches mit dem Budgetdienst als Gastmitarbeiter tätig.

Im Budgetdienst erstellt er Analysen zur Budgetentwicklung und zur fiskalischen Wirkung neuer Gesetze und Maßnahmen. Steuern und Pensionen sowie Verteilungsanalysen bilden weitere inhaltliche Schwerpunkte. Paul Eckerstorfer vertritt den Budgetdienst im österreichischen Produktivitätsrat mit beratender Stimme.

Fachthemen

- ♦ Budgetprognosen und Budgetcontrolling
- ♦ Einkommens- und Vermögensverteilung
- ♦ Steuern und Abgaben
(Steuermonitoring, Steuerschätzungen, indirekte Förderungen)
- ♦ Pensionen

Budgetuntergliederungen

- ♦ UG 15-Finanzverwaltung
- ♦ UG 16-Öffentliche Abgaben
- ♦ UG 22-Pensionsversicherung
- ♦ UG 23-Pensionen – Beamtinnen und Beamte



Matthias Enzinger ist seit 1. Oktober 2024 Ökonom im Budgetdienst.

Matthias Enzinger absolvierte an der Wirtschaftsuniversität Wien sein Masterstudium Volkswirtschaft und befindet sich aktuell in der Endphase seines Doktoratsstudiums. Nach seinem Master war er als Ökonom am Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) sowie als

Research Assistant an der Oesterreichischen Nationalbank tätig. In seiner Dissertation untersucht er unter anderem die ökonomischen Auswirkungen steigender Preise für Emissionszertifikate, die Effekte von Zinssatzänderungen auf Produktion und Preise sowie die finanzielle Verwundbarkeit privater Haushalte.

Im Budgetdienst befasst sich Matthias Enzinger mit der Datenanalyse und Visualisierung sowie mit der Schätzung von Mikrosimulationsmodellen. Zu seinen inhaltlichen Schwerpunkten zählen darüber hinaus Green Budgeting, die fiskalischen Effekte des Klimawandels sowie das Beteiligungs- und Finanzcontrolling.

Fachthemen

- ♦ Datenanalyse und Visualisierungen
- ♦ Beteiligungs- und Finanzcontrolling
- ♦ Fiskalische Effekte des Klimawandels, Green Budgeting
- ♦ Forschungsförderung und energiepolitische Maßnahmen

Budgetuntergliederungen

- ♦ UG 03-Verfassungsgerichtshof
- ♦ UG 04-Verwaltungsgerichtshof
- ♦ UG 13-Justiz
- ♦ UG 33-Wirtschaft (Forschung)
- ♦ UG 34-Innovation und Technologie (Forschung)



Petra Gschiel ist seit 2014 Budget- und Haushaltsrechts-expertin im Budgetdienst.

Petra Gschiel studierte an der Wirtschaftsuniversität Wien Betriebswirtschaft, im Rahmen ihrer Dissertation befasste sie sich mit Universitätsmanagement.

Nach ersten Erfahrungen in der Wirtschaftsprüfung arbeitete Petra Gschiel in der Wirtschaftsuniversität Wien als Rektoratsassistentin im Referat für Planung und Organisationsentwicklung. Ab 1999 leitete sie das Controlling und war mit der Ausgliederung der Universitäten befasst. 2005 übernahm Petra Gschiel die Leitung der Internen Revision an der Wirtschaftsuniversität Wien. Im Anschluss war sie im Bundesministerium für Finanzen im Haushaltsrechtsteam für die Umsetzung des neuen Rechnungswesens und für Schulungen zuständig und später im Bundeskanzleramt im Bereich Öffentlicher Dienst und Verwaltungsinnovation tätig.

Im Budgetdienst bilden das Haushaltswesen, die Verrechnung sowie die Wirkungsorientierung und das Gender Budgeting die Schwerpunkte von Petra Gschiel, zu denen sie auch als Lehrbeauftragte tätig ist.

Fachthemen

- ♦ Haushaltsrecht und Haushaltsverrechnung
- ♦ Rücklagen, Mittelverwendungsüberschreitungen und Vorbelastungen
- ♦ Wirkungsorientierung, Gender Budgeting und Gendermainstreaming
- ♦ Personalplan und Planstellen

Budgetuntergliederungen

- ♦ UG 01-Präsidentschaftskanzlei
- ♦ UG 02-Bundesgesetzgebung
- ♦ UG 10-Bundeskanzleramt
- ♦ UG 17-Öffentlicher Dienst und Sport
- ♦ UG 30-Bildung
- ♦ UG 32-Kunst und Kultur
- ♦ UG 40-Wirtschaft



Markus Riegler ist seit 2019 Ökonom im Budgetdienst.

Markus Riegler studierte Technische Mathematik (Wirtschaftsmathematik) an der Technischen Universität Wien und absolvierte das PhD-Studium Economics an der London School of Economics.

Nach seinem Doktoratsstudium war Markus Riegler als Juniorprofessor am Institut für Makroökonomik und Ökonometrie der Universität Bonn tätig. Er beschäftigte sich unter anderem mit Arbeitsmarkmodellen, dem Verhalten von Unternehmen bei sich ändernder Unsicherheit sowie dem konjunkturellen Einfluss auf das Spar- und Konsumverhalten von Haushalten.

Im Budgetdienst erstellt er ökonomische Modelle zur Berechnung der Verteilungswirkungen oder fiskalischen Kosten staatlicher Maßnahmen. Der Arbeitsmarkt und Mobilitätsfragen sind seine inhaltlichen Schwerpunkte. Er absolvierte einen Studienaufenthalt beim US Congressional Budget Office.

Fachthemen

- ♦ Konjunkturanalyse und Makroökonomie
- ♦ Datenanalyse
- ♦ Mikrosimulation und Verteilungswirkungen fiskalischer Maßnahmen
- ♦ Operative Fiskalregeleinhaltung
- ♦ Finanzschuldenentwicklung und Zinsen
- ♦ Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) und Zahlungsbilanzstabilisierung

Budgetuntergliederungen

- ♦ UG 05-Volksanwaltschaft
- ♦ UG 20-Arbeit
- ♦ UG 31-Wissenschaft und Forschung
- ♦ UG 41-Mobilität
- ♦ UG 58-Finanzierungen, Währungstauschverträge



Friedrich Sindermann ist seit 2015 Ökonom im Budgetdienst.

Friedrich Sindermann hat an der Wirtschaftsuniversität Wien die Diplomstudien Volkswirtschaftslehre und Internationale Betriebswirtschaftslehre abgeschlossen und im Rahmen eines Auslandssemesters an der Universität Maastricht studiert. Im Anschluss absolvierte er das PhD-Programm

Economics an den Universitäten Linz und Innsbruck und war als Universitätsassistent an diesen Universitäten sowie als Ökonom in der Oesterreichischen Nationalbank tätig. In seiner Forschung beschäftigte er sich dabei insbesondere mit den Interdependenzen zwischen Konjunktur, Unsicherheit und der Kreditvergabe durch Banken. Im Rahmen von Gastaufenthalten war er am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) und im Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union tätig.

Friedrich Sindermann befasst sich im Budgetdienst unter anderem mit Datenanalysen und mit der haushaltspolitischen Steuerung der Europäischen Union im Rahmen des Europäischen Semesters.

Fachthemen

- ♦ Wirtschaftspolitische Steuerung der Europäischen Union, Fiskalregeln und Europäisches Semester
- ♦ Entwicklung der gesamtsstaatlichen Fiskalindikatoren
- ♦ Datenanalyse und Budgetvisualisierung
- ♦ EU-Haushalt und Haftungen
- ♦ Förderungen
- ♦ Fiskalische Effekte des Klimawandels

Budgetuntergliederungen

- ♦ UG 42-Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft
- ♦ UG 43-Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft
- ♦ UG 44-Finanzausgleich
- ♦ UG 46-Finanzmarktstabilität
- ♦ UG 51-Kassenverwaltung



Rene Wiesinger ist seit 1. Oktober 2024 Ökonom im Budgetdienst.

Nach seinem Masterstudium in Economics an der Universität Linz absolvierte Rene Wiesinger sein PhD-Studium an den Universitäten Linz und Innsbruck. Während dieser Zeit arbeitete er als Projektmitarbeiter in der Abteilung für Gesundheitsökonomie des Instituts für Volkswirtschaftslehre

der Universität Linz. Im Rahmen seiner Dissertation beschäftigte er sich mit verschiedenen Forschungsfragen aus den Bereichen der empirischen Arbeitsmarkt- und Gesundheitsökonomie. Dazu gehörten beispielsweise die Auswirkungen von Gesundheitsschocks oder der Effekt von Lohntransparenz auf die Gehaltsdifferenz zwischen Frauen und Männern.

Im Budgetdienst beschäftigt sich Rene Wiesinger mit der Aufbereitung und Analyse verschiedenster Daten sowie mit der Anwendung von Mikrosimulationsmodellen. Zu seinen inhaltlichen Schwerpunkten zählen darüber hinaus die Gebarung der Sozialversicherung und die Analyse makroökonomischer Entwicklungen.

Fachthemen

- ♦ Datenanalyse und Mikrosimulation
- ♦ Gebarung der Sozialversicherung
- ♦ Konjunkturanalyse und Makroökonomie

Budgetuntergliederungen

- ♦ UG 21-Soziales und Konsumentenschutz
- ♦ UG 24-Gesundheit
- ♦ UG 25-Familie und Jugend



Martin Gräven ist seit 2013 Fachassistent im Budgetdienst.

Martin Gräven absolvierte eine technische Ausbildung am TGM Maschinenbau und arbeitete mehrere Jahre als Konstrukteur bei einer Fachfirma. Von 1990 bis Ende 2001 war er an der Technischen Versuchs- und Forschungsanstalt der TU Wien im Bereich Schadensfälle und Versuchsdurchführung tätig. Dort übernahm er in seiner Funktion als Beauf-

tragter für Qualitätsmanagement auch den Aufbau eines Qualitätsmanagementsystems. Im Jänner 2002 wechselte Martin Gräven zur Studienbeihilfenbehörde, wo er in der Abteilung Controlling und Budget seine Fachkenntnisse in diesem Bereich einsetzen und erweitern konnte.

Im Budgetdienst ist er insbesondere mit der Datenaufbereitung und -auswertung, der Qualitätssicherung sowie Controllingaufgaben befasst.

Sachbereiche und Fachthemen

- ♦ Datenmonitoring, -aufbereitung und -auswertung
- ♦ Tabellen- und Grafikgestaltung
- ♦ Informations- und Wissensmanagement
- ♦ Produkt- und Leistungsstatistik des Budgetdienstes
- ♦ Prozessdokumentation und Qualitätssicherung
- ♦ Sekretariat



Christina Hailzl ist seit 2012 Fachassistentin im Budgetdienst.

Christina Hailzl besuchte zunächst zwei Jahre die höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe, bevor sie eine Lehre zur Verwaltungsassistentin in der Demokratiewerkstatt der Parlamentsdirektion begann. Im Rahmen dieser Ausbildung absolvierte sie die Berufsschule für Handel@Administration

in Wien. Von 2011 bis Juli 2012 war Christina Hailzl in der Kanzlei des Nationalrates tätig und dort unter anderem für die Verarbeitung von Anfragen und Anfragebeantwortungen sowie die Erstellung von Ausschussprotokollmappen zuständig.

Mit August 2012 wechselte Christina Hailzl in den neugegründeten Budgetdienst. Während ihrer Tätigkeit im Budgetdienst schloss sie im Jahr 2016 die Matura ab und absolvierte 2018 einen Studienaufenthalt beim irischen Parliamentary Budget Office. Sie betreut die Webseite des Budgetdienstes und ist für die Redaktion, Layoutierung und Barrierefreiheit der Dokumente verantwortlich.

Sachbereiche und Fachthemen

- ♦ Betreuung der Budgetdienst-Webseite
- ♦ Redaktion, Layoutierung und Formalkontrolle sowie Herstellung der Barrierefreiheit der Budgetdienst Dokumente
- ♦ Fachassistenz für Wirkungsorientierung und Wirkungscontrolling
- ♦ Sekretariat und Terminverwaltung
- ♦ Veranstaltungsorganisation und Betreuung von Delegationen

Impressum:

Herausgeberin, Medieninhaberin und Herstellerin:

Republik Österreich – Bund, vertreten durch die Parlamentsdirektion

Adresse: Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1017 Wien

Redaktion: 3.3 – Budgetdienst, 4.2 – Corporate Identity

Fotos:

© Parlamentsdirektion/Michael Buchner: S. 7, 19 (unten), 25

© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen: S. 28, 30, 32, 34

© Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS: S. 31

© Parlamentsdirektion/Thomas Topf: S. 35

© Parlamentsdirektion/Ulrike Wieser: Cover, S. 19 (oben)

© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner: S. 3, 27, 29, 33

© ECPRD: S. 20

© Kristina Fuchs (Sabina Babimento): S. 21

© Eleftheriou Alikí Kanellidou Froso Hellenic Parliament: S. 22

Grafische Gestaltung: 4.2 – Corporate Identity

Wien, im Dezember 2025